

## NACHRICHTEN

## Neue 50er-Note mit Mängeln?

**BERN** red. Die vor wenigen Tagen in Umlauf gebrachte neue 50-Franken-Note soll Schwächen aufweisen. Angeblich soll sie aufbrechen, wenn man sie faltet. Weiter soll sie abfärben. Das berichtete «20 Minuten» gestern aufgrund von Leserbildern. Laut Reaktionen soll die Note auch abfärben, wenn sie mit Wasser oder Schweiß in Berührung kommt, heisst es.

## IS-Helfer bleiben in Haft

**BELLINZONA** sda. Die drei Iraker, die am 18. März erstinstanzlich wegen Beteiligung beziehungsweise Unterstützung einer kriminellen Organisation verurteilt worden sind, bleiben weiterhin in Sicherheitshaft. Das Bundesstrafgericht in Bellinzona hat entschieden, dass Fluchtgefahr besteht. Davon geht das Gericht auch beim Hauptangeklagten aus, der aufgrund einer Kriegsverletzung Paraplegiker ist. Die drei Männer befinden sich nun seit rund zwei Jahren in Haft. Das Bundesstrafgericht hat sie zu Freiheitsstrafen zwischen dreieinhalb und vier Jahren und acht Monaten verurteilt.

## Opposition protestiert

**GENÈ** sda. Aus Protest gegen den Bruch der Waffenruhe und mangelnde Fortschritte bei der Versorgung Notleidender nimmt Syriens grösste Oppositionsgruppe vorerst nicht mehr offiziell an den Genfer Friedensgesprächen teil. Das Hohe Verhandlungskomitee der Regimegegner (HNC) habe nach einer mehrstündigen Sitzung den Entschluss gefasst, die Verhandlungen zu vertagen, erklärte Oppositionssprecher **Riad Nassan Agha** gestern auf seiner Facebookseite. Der Beschluss bedeute aber keinen Rückzug von den Gesprächen. Syriens Opposition hatte dem Regime in den vergangenen Wochen immer wieder vorgeworfen, gegen die geltende Waffenruhe zu verstossen.

## Kostenschub befürchtet

**GESUNDHEIT** sda. Santésuisse hat nicht an der Revision des Arztarbeits Tarmed mitgearbeitet. Nun, da ein Vorschlag auf dem Tisch liegt, fordert der Krankenkassen-Dachverband einen Marschhalt und eine sofortige Kurskorrektur.

Seit 2010 haben der Ärzteverband FMH, der Spitalverband H+, die Unfallversicherer und der Krankenkassenverband Curafutura um einen neuen Tarif für ambulante Behandlungen gerungen. Anfang April starteten die Genehmigungsverfahren in den Organisationen. Ende Juni soll die Revision dem Bundesrat zur Genehmigung vorgelegt werden.

## Fehlansätze mit neuem Tarif

Santésuisse machte dabei nicht mit, weil ein Kostenschub nicht von vornherein ausgeschlossen werden konnte. Der vorliegende Entwurf für ein neues Tarifsysteem sieht einen Korrekturmechanismus zum Zeitpunkt der Tarifeinführung vor. Dieser soll die vom Bund geforderte Kostenneutralität des Systemwechsels garantieren.

Das könne ein Kostenwachstum in der Zeit danach nicht verhindern, sagte Santésuisse-Direktorin Verena Nold gestern vor den Medien in Bern. Sie fordert eine regelmässige Anpassung der Tarife. So will sie verhindern, dass Ärzte immer mehr Leistungen abrechnen und damit die Krankenkassenprämien in die Höhe treiben.

Zusammen mit dem Chirurgenverband FMCH liess Santésuisse ein Gutachten erarbeiten. Dieses zeigt auf, dass heutige Fehlansätze mit dem neuen Tarif nicht beseitigt, sondern eher noch verstärkt würden.

## Konsequenzen der Verweigerung

**HANDSCHLAG-STREIT** Das Verhalten der zwei Schüler, die ihrer Lehrerin die Hand nicht geben wollten, hat Folgen für die ganze Familie. Ihr Einbürgerungsgesuch wurde sistiert.

sda/red. Die Baselbieter Behörden haben das Einbürgerungsgesuch der muslimischen Familie der beiden Schüler sistiert, die in Therwil BL ihrer Lehrerin den dort üblichen Handschlag verweigern. Nach dem Medienwirbel will das Amt für Migration nun die ganze Familie vorladen.

Dass bestimmte Einbürgerungsgesuche für zusätzliche Abklärungen sistiert

werden, sei im Baselbiet nichts Ungewöhnliches. Das kantonale Amt für Migration werde die Familienmitglieder einzeln befragen, sagte ein Sprecher der Sicherheitsdirektion gestern gegenüber der Nachrichtenagentur SDA.

## Keine Details zum Gesuch

Diese Befragung ist laut dem Sprecher ergebnisoffen. Erst anhand der Antworten zeigten sich allfällige Konsequenzen für den ausländerrechtlichen Status der Familie, die in Ettingen BL lebt. Und erst dann werde über das weitere Vorgehen mit dem Gesuch entschieden. Genaue Termine seien nicht bekannt.

Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes waren zum Einbürgerungsgesuch keine Details zu erfahren. Der Sprecher mochte auch nicht sagen, wie

viele der Kinder neben den Eltern den Schweizer Pass möchten.

Der Entscheid zur Sistierung und Vorladung beim Amt sei «letzte Woche» gefallen. Der Wirbel um die Handschlag-Dispens-Affäre, zu der sogar Bundesrätin Simonetta Sommaruga ihre Meinung kundgetan hat, hält bereits gut zwei Wochen an – und fand selbst international ein breites Echo.

Die beiden 14- und 16-jährigen Brüder wollen aus religiösen Gründen generell keine Frauen berühren. Der Jüngere sagte in einem Zeitungsinterview, er habe diese Regel in einer Internetpredigt gefunden. Die Schulleitung der Sekundarschule Therwil hatte mit ihnen deswegen vereinbart, dass sie auf den in dieser Schule üblichen Handschlag mit den Lehrpersonen verzichten können.

Diese Praxis gilt an dieser Sekundarschule immer noch und wird vorerst beibehalten. Die kantonale Bildungsdirektion hat indes ein Rechtsgutachten bestellt, ob und wie Anstandsregeln durchzusetzen sind. Im Kantonsparlament sind mehrere Vorstösse eingereicht worden, die religiöse Sonderregelungen verbieten wollen.

## «Theologisch erlaubt»

Die Föderation Islamischer Dachorganisationen der Schweiz (Fids) hatte inzwischen bereits verlauten lassen, dass ein Händedruck zwischen den Geschlechtern für eine einfache Begrüssung «theologisch erlaubt ist». In der islamischen Tradition sei Höflichkeit gegenüber allen wichtig, und zur Begrüssung gebe es unterschiedliche Bräuche.

## Verein will Kulturgut in Bergregion erhalten

**ERSCHLIESSUNG** Es geht um die Existenz zahlreicher Kleinluftseilbahnen. Stark betroffen ist auch Nidwalden. Ein neuer Verein soll nun die Interessen der Betreiber vertreten.

Wanderer, Gleitschirmflieger oder Biker schätzen sie für Freizeitaktivitäten, für viele Bauern sind sie ein zentrales Verkehrsmittel: Rund 200 Kleinluftseilbahnen führen in der Schweiz auf abgelegene Alpen und zu tollen Aussichtspunkten. Betriebe werden sie oft von Landwirten, die damit ihren Hof erschliessen. Acht Personen dürfen gemäss Seilbahnverordnung in den Kleinluftseilbahnen befördert werden. Die Betreiber müssen regelmässig Sicherheitsnachweise erbringen, die Kantone erteilen die Betriebsbewilligung.

## «Unnötige Nachweise»

Die Zentralschweiz ist eine Kleinluftseilbahn-Hochburg. Im Kanton Uri zum Beispiel zählt man rund 50, in Nidwalden mehr als 20. Weit verbreitet sind die Touristenattraktionen auch in den Kantonen Wallis und Bern.

Viele Betreiber plagen jedoch Zukunftsängste. Reto Canale, bis vor vier Jahren Direktor des Interkantonalen Konkordats für Seilbahnen und Skilifte (IKSS), weiss, wo das Problem liegt. «Mit Hinweis auf das neue Seilbahngesetz, das 2007 in Kraft trat, müssen heute teilweise unnötige Sicherheitsnachweise in Form von detaillierten Zustandsberichten erbracht werden. Das ist sehr teuer und für viele Kleinseilbahnbetreiber daher finanziell nicht zu stemmen», sagt der Vater der Cabrio-Bahn auf das Stanserhorn. Laut Canale droht deshalb in den nächsten Jahren der Hälfte der Kleinluftseilbahnen das Aus. Er befürchtet, dass viele Bauern die Bahn dann trotz Verlust der Betriebsbewilligung schwarz weiterführen würden. «Wenn die jährlichen Kontrollen entfallen, aber gleichwohl noch Personen befördert werden, wird es wirklich gefährlich», warnt Canale. Er plädiert deshalb für einen pragmatischen Umgang mit Kleinluftseilbahnen. «Ein einmotoriger Piper-Sportflieger ist kein Airbus. Ein Bauernbähnli erfordert nicht den gleichen Aufwand wie eine grosse, komplexe Seilbahn», sagt Canale.

## Wirtschaftlichkeit und Sicherheit

Im Kanton Nidwalden reagieren die Seilbahnbetreiber auf die ungemütliche Lage: Heute gründen sie in Oberdorf den Seilbahnverband Nidwalden. Eine der treibenden Kräfte ist Niklaus Reinhard. Der FDP-Landrat aus Hergiswil wirkt auch im Vorstand der Genossenschaft Dallenwil-Wiesenberg-Bahn mit.

Die jährlichen Kontrollen führt das IKSS durch. Ist alles im grünen Bereich, dürfen die Besitzer ihre Anlagen weiterhin in Betrieb halten. Bei Mängeln können die Kantone Auflagen machen.

Der Seilbahnverband Nidwalden versteht sich nicht als Gegenspieler des IKSS. Man strebe eine konstruktive Zusammenarbeit an, sagt Reinhard. Er findet aber, die Kontrollstelle könnte



Landwirt Toni Arnold sitzt mit seiner Familie in seiner Kleinluftseilbahn oberhalb von Wolfenschiessen.

Bild Nadia Schärli

die Vorschriften weniger «exzessiv» auslegen und vermehrt den Spielraum zu Gunsten der Betreiber von Kleinluftseilbahnen nutzen. Dies dürfe aber nicht auf Kosten der Sicherheit gehen. «Wir plädieren für einen sicheren, wirtschaftlichen und pragmatischen Betrieb der Kleinluftseilbahnen», sagt Reinhard.

Der neue Verein will einerseits die Interessen der Luftseilbahnen gegenüber den Behörden vertreten. Andererseits sollen sich die Betreiber untereinander vernetzen. «Sie können etwa bei der Wartung, bei der Ausbildung oder der Auswertung von Daten voneinander profitieren», erklärt Reinhard. Der Verein wolle einen Beitrag dazu leisten, die Kleinluftseilbahnen als Touristenattraktionen und Teil des Kulturgutes in den Bergregionen zu erhalten. Der neue Verband steht auch den grossen Seilbahnen offen, die für ihren Betrieb eine Konzession durch den Bund benötigen. Bei seiner Gründung dürfte er rund 30 Mitglieder zählen.

## Die Hoffnung von Toni Arnold

Eines davon ist Toni Arnold. Er betreibt ob Wolfenschiessen die Kleinluftseilbahn, die von der Diegibalm zu seinem Hof auf die Oberalp führt. «Mit dem Verband können die Interessen der Kleinluftseil-

bahnbetreiber gegenüber den Behörden besser vertreten werden», sagt der 38-jährige Landwirt. Arnold hofft, dass dadurch auch die Auflagen für seine Bahn auf ein vernünftiges Mass eingeschränkt werden. Gegen Kontrollen wehrt er sich nicht. «Die Sicherheit ist das Wichtigste. Ich kann und werde sie garantieren», sagt Arnold. Aber unverhältnismässige Investitionen im fünfstelligen Bereich könne er nicht stemmen.

## «Höhere Investitionskosten»

Toni Arnold hat einen Namensvetter, der als Geschäftsführer des Verbandes Urner Seilbahnen amtiert. Auch er hält fest, dass die Sicherheitsstandards mit dem Inkrafttreten des neuen Seilbahngesetzes gestiegen seien. «Dies führt bei Ersatz oder Erneuerung von sicherheitsrelevanten Anlagenteilen unvermeidlich zu höheren Investitionskosten», so Arnold. Die Rolle des IKSS beurteilt er positiv. Es gebe nur einen beschränkten Spielraum. Im Kanton Uri nütze er diesen zu Gunsten der Betreiber von Kleinluftseilbahnen aus.

Und das IKSS? Urs Braschler amtiert noch bis zum 11. Mai als Präsident der Kontrollstelle. Bis Ende 2015 hatte er als Leiter des Nidwaldner Amtes für Wald und Energie auch die Aufsicht

über die kantonalen Kleinluftseilbahnen inne. Zu Reinhard's Einwand, die IKSS lege die Vorschriften exzessiv aus und nutze den Spielraum zu Gunsten der Betreiber nicht, entgegnet er: «Ich lade ihn herzlich ein, mir konkrete Beispiele von übertriebenen Auflagen durch die IKSS zu nennen.» Die IKSS habe auch im Kanton Nidwalden immer nach pragmatischen Lösungen gesucht und sie bis jetzt mit den Betreibern auch gefunden.

Die technischen Normen seien heute nicht mehr gleich wie vor 30 Jahren, gibt Braschler zu bedenken. Und: «Wenn bei einer Kleinluftseilbahn während Jahren nur das Nötigste für den Unterhalt gemacht wurde, zeigt das Material mit der Zeit Ermüdungserscheinungen.» Dann sei es die Aufgabe der IKSS, auf diese Mängel hinzuweisen. «Wir müssen als Kontrollbehörde hinter einer Betriebsbewilligung stehen können. Der sichere Personentransport muss garantiert sein», sagt Braschler. Die Gründung des Seilbahnverbandes Nidwalden begrüsst Braschler. Er wünscht ihm viel Erfolg und freut sich, wenn er seine Anliegen mit Engagement vertritt.